

A N T R A G

der Abgeordneten Wiesinger, Hundsmüller, Pfister, Razborcan, Mag.^a Renner, Rosenmaier, Mag. Samwald, Mag.^a Scheele, Schindele, Schmidt, Mag.^a Suchan-Mayr, Weninger und Windholz, MSc

betreffend: Waldviertelroute schließen – Transithölle durch Holztransporte beenden

Wir sagen nein zu einer LKW-Transitroute durch das Waldviertel. Im Sinne der Verkehrssicherheit, der Gesundheit der WaldviertlerInnen und des Klimaschutzes und wollen, dass unser Waldviertel eine lebenswerte Region bleibt.

12.000 Holztransporter donnern derzeit jeden Monat durch die kleinen Dörfer im Waldviertel (allein durch Dobersberg an manchen Tagen ca. 400 LKW) und ruinieren auf Kosten der SteuerzahlerInnen unsere Landstraßen (welche für diese zusätzliche Belastung nicht hinreichend ausgebaut sind) und die Gesundheit der Bevölkerung – und es werden laufend mehr. 2015 wurden aus Tschechien ca. 1,5 Millionen Festmeter importiert, 2020 waren es im ca. 5,5 Millionen fast vier Mal so viel. Allein beim Nadelsägerundholz – meist Fichtenstämme – stiegen die Importe aus Tschechien seit 2019 um 42 %. Ergänzend dazu ist auszuführen, dass Erhebungen an den Grenzübergängen Neu-Nagelberg, Grametten und Fratres gezeigt haben, dass 85 % der Holztransporte ihren Zielort im Waldviertel haben und dadurch 1.500 Arbeitsplätze und zusätzlich in der weiterführenden Holzverarbeitung rund 4.700 Arbeitsplätze gesichert werden.

Dabei wird nur jeder fünfte Transport über die Schiene geführt, der Rest über die Straßen, die nicht auf diese enorme (zusätzliche) Belastung ausgerichtet sind. Auch werden oft Geschwindigkeitsbeschränkungen missachtet, was immer wieder zu lebensgefährlichen Situationen insbesondere für Fußgängerinnen, RadfahrerInnen und vor allem auch Kinder führt.

Vor allem in der Nacht ist diese LKW-Lawine für die Einwohner in den Ortschaften unerträglich, sie können oft nicht einmal mehr schlafen. Die Gesundheitsbelastung ist enorm. Durch die Erhebungen des Landes Niederösterreich an den Grenzübergängen Nagelberg, Grametten und Fratres bis Ende April 2021 wurde eine

fundierte Datengrundlage geschaffen. Diese Ergebnisse wurden bereits am 26. Mai 2021 bei einem runden Tisch auf der Bezirkshauptmannschaft Gmünd mit den zuständigen Bezirkshauptmännern von Gmünd und Waidhofen an der Thaya, Bürgermeistern der beiden Bezirke, Vertretern der Sägewerke und Transporteuren sowie Verkehrsexperten erörtert. Dabei wurde festgehalten, dass der Fokus auf verkehrsorganisatorische Maßnahmen (zeitnahe Gespräche mit Wirtschaft zur freiwilligen Senkung des Transports während der Nachtstunden), verkehrsrechtliche Maßnahmen (Prüfung von 30 km/h Beschränkungen), bauliche Maßnahmen (z.B. Prüfung der Errichtung von Fahrbahnteiler) und auf einen verstärkten Bahntransport sowie Kontrollen der Exekutive gelegt werden soll.

Auch die Bürgermeister der am schwersten betroffenen Gemeinden verlangten zuletzt, dass zumindest die Ausnahme vom Nachtfahrverbot für lärmarme LKW aufgehoben werden sollte.

Die Belastung durch Lärm, Feinstaub und Emissionen ist aufgrund des massiven Anstieges der Anzahl der durchfahrenden LKW-Holztransporter in den letzten Jahren für die Bevölkerung untragbar.

Darüber hinaus ist der Zustand der mit bis zu 50 Tonnen Holz beladenen LKW sehr bedenklich. So wurden im Vorjahr an 18 Tagen bei Schwerpunktkontrollen mehrere hundert LKW, darunter auch Holztransporter, kontrolliert. Bei sagenhaften 41 Prozent lag ein schwerer Mangel vor, und bei 16 Prozent der LKWs erfolgte wegen Gefahr im Verzug sogar die Kennzeichenabnahme.

Auch das Argument, dass es sich derzeit um ein bloß temporäres Ärgernis aufgrund des Erfordernisses des Abtransportes von Schadholz („Borkenkäferproblematik“) handelt, geht ins Leere. Die Problematik ist seit Jahren bekannt und wird auch noch die nächsten Jahrzehnte bestehen bleiben. Es hätte seitens des Landes bereits genug Möglichkeiten gegeben, die lokale Bevölkerung durch geeignete Maßnahmen zu entlasten.

Erforderliche verkehrsberuhigende und klimaschonende Maßnahmen sind jedenfalls:

- Stationäre Radargeräte für die Waldviertler Gemeinden, um vor allem in der Nacht die Geschwindigkeiten effektiv kontrollieren können
- Tempo 30 für LKW in Ortsgebieten entlang der betroffenen Routen
- Zwingende Durchführung von Holztransporten mit Strecken über 200 Kilometer auf der Schiene

- Rascher Beginn der Bauarbeiten für die ca. 8,5 km lange Umfahrung der Orte rund um Vitis-Großglobnitz
- Verstärkte Schwerpunktkontrollen der Exekutive, um Schrott-LKW aus dem Verkehr zu ziehen
- Errichtung von ausreichend Querungsstellen auf der Franz-Josefs-Bahn (selektive Zweigleisigkeit), um den Gütertransport auch großteils auf Schiene bringen zu können

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert,

1. die im Kompetenzbereich des Landes liegenden Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung sowie zur Schonung des Klimas umgehend zu setzen sowie
2. im Bereich der Bundeskompetenzen an die Bundesregierung heranzutreten und darauf hinzuwirken, dass diese die erforderlichen Maßnahmen im Sinne der leidgeprüften Bevölkerung rasch setzt.“

Der Herr Präsident wird ersucht diesen Antrag dem Verkehrs-Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.